

WILLY MEINT:



FREI BEIBEN –
DAFÜR KÄMPFE ICH!

Zu unseren Werten stehen

Die SVP bekennt sich zur christlich-abendländischen Kultur der Schweiz. Diese ist die Basis unserer Identität und unseres Zusammenlebens. Nicht ohne Grund trägt unser Land ein Kreuz im Wappen, und unsere Landeshymne hat die Form eines Gebets. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit erlaubt allen Bürgern freies Denken, Schreiben, Sprechen – und Bekennen.

Die eigenen Wurzeln pflegen

Die Trennung von Kirche und Staat soll nicht verschleiern, dass ein durch den christlichen Glauben geprägtes Gesellschafts- und Menschenbild für die Kultur und die Politik der Schweiz von grosser Wichtigkeit ist. Der Verlust dieser Wurzeln wäre verheerend. Gerade die individuelle Freiheit ist eine Folge des christlichen Menschenbildes. Die Entwicklung der Demokratie aus antiken Vorstellungen ist nur mit dem Übergang zur Selbstverantwortung zu verstehen. Weiter ist die protestantische Arbeitsethik Grundlage einer unternehmerischen und auch leistungsorientierten Gesellschaft. Aus den christlich-abendländischen Grundlagen schöpfen wir vernünftiges Denken, Kreativität und Innovation. Denn Unternehmertum und Fortschritt wurzeln in tätiger Hoffnung auf eine prosperierende Zukunft. Aber auch der katholische Subsidiaritätsgedanke und die Betonung des Werts des Individuums innerhalb der Schöpfung waren und sind für die Schweiz und den Schweizer Föderalismus prägend. Probleme sollen in Eigenverantwortung und möglichst von den Betroffenen selber gelöst werden.

Rechtsordnung achten

Auch Toleranz und Offenheit zählen zum christlichen Erbe. Dies darf uns indes nicht daran hindern, gewisse Entwicklungen kritisch zu begleiten. Es gibt heute das Denktabu, den Islam genauer und auch differenziert kritisch zu beleuchten. In der Schweiz leben weit über 400'000 Angehörige muslimischen Glaubens. Gewiss sympathisiert nur eine kleine Minderheit mit islamistisch-extremem Gedankengut. Doch die muslimischen Zuwanderer stammen oft aus Ländern, in denen keine demokratische Rechtsordnung herrscht. Sie bringen Vorstellungen über Recht und Ordnung mit, die mit unserem Rechtssystem und unseren demokratischen Spielregeln nicht vereinbar sind. Radikalisierungs- und Abschottungstendenzen sind ein nicht zu unterschätzendes Problem. Es gibt auch bei uns Personen und Gruppen, die mit einem radikalen Islam sympathisieren. Gleichzeitig werden Forderungen islamischer Gemeinschaften laut, als

öffentlich-rechtliche Körperschaften anerkannt zu werden oder ihre Geistlichen an unseren Universitäten ausbilden zu lassen. Diesen Herausforderungen sowie der Forderung nach rechtlicher Sonderbehandlung darf nicht kritiklos und blauäugig begegnet werden.



Die Trennung von Kirche und Staat soll nicht verschleiern, dass ein durch den christlichen Glauben geprägtes Gesellschafts- und Menschenbild für die Kultur und die Politik der Schweiz von grosser Wichtigkeit ist.

Glaubens- und Gewissensfreiheit hochhalten

Unsere nicht nur geistigen, sondern auch historischen und kulturellen Wurzeln müssen erhalten bleiben und gepflegt werden. Aufgabe der Kirchen ist es, den Menschen durch Verkündigung und Seelsorge Halt und echte Lebenshilfe zu bieten. Die Kirchen leisten damit einen wesentlichen Beitrag zu einer sozialen Schweiz. Weder eine Partei noch der Staat soll Menschen auf religiöse Überzeugungen verpflichten oder ihnen den «richtigen» Glauben vorschreiben. Unsere Glaubens- und Gewissensfreiheit erlaubt allen Einwohnern freies Denken, Schreiben, Sprechen – und Bekennen. Kirchen und Religionsgemeinschaften geniessen darum im Rahmen der Verfassung Freiheit der Verkündigung und Freiheit für die kirchliche Tätigkeit. Diese Toleranz findet aber da ihre Grenzen, wo Religionsgemeinschaften die Toleranz verachten oder gar bekämpfen.

Auf Regeln pochen

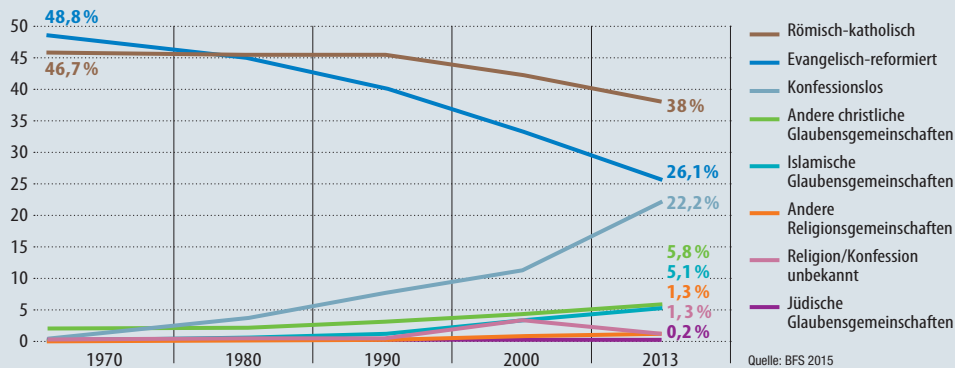
Genau wie wir uns als Gäste in islamischen Staaten den dortigen Regeln anpassen, müssen wir hier konsequent auf die Einhaltung unseres Rechts bestehen. Parallelgesellschaften mit eigenem Rechtssystem können nicht geduldet werden. Unsere freiheitliche Rechtsordnung darf sich unter keinen Umständen der Scharia beugen; unsere Gerichte dürfen einen islamischen «Kulturhintergrund» keinesfalls zur Strafmilderung akzeptieren. Die Duldung oder gar Beförderung von Praktiken wie Zwangsheirat, «Ehrenmord», Blutrache, weiblicher Genitalbeschneidung, Eheschliessung mit Minderjährigen oder Viehelen ist hierzulande absolut inak-

zeptabel. Unser Rechtsstaat hat die Pflicht, die integrale Achtung unserer Rechtsordnung auch von Einwanderern einzufordern und die Gewährung jeder auch noch so geringfügig scheinenden Konzession zu vermeiden.

Keine Parallelgesellschaften

Das Rechtswesen hat mit geeigneten Massnahmen dafür zu sorgen, dass sich beispielsweise das Islamismusproblem nicht weiter verschärft. Es ist klarzumachen, dass unsere Regeln für alle Angehörigen von Religionsgemeinschaften gelten und jeder sich anpassen muss, der hier leben will. Die Gleichheit vor dem Gesetz gilt immer. Darum sind etwa Dispensierung vom Schwimmunterricht, Verzicht auf das Singen von Weihnachtsliedern im Kindergarten oder Sonderwünsche im Bestattungswesen nicht zulässig. Wer nicht vorbehaltlos zu unseren freiheitlich-demokratischen Grundrechten steht, darf nicht eingebürgert werden.

Wohnbevölkerung der Schweiz ab 15 Jahren nach Religionszugehörigkeit, 1970 – 2013



STANDPUNKTE

Die SVP

- steht zum christlich-abendländischen Fundament unseres Staatswesens, unserer Rechtsordnung und unserer Kultur;
- fordert, dass beispielsweise Kreuze als Symbole unserer christlich-abendländischen Kultur und unserer Religion auch im öffentlichen Raum respektiert und toleriert werden;
- lehnt jegliches religiös motivierte Sonderrecht ab, das im Widerspruch zu unserer Rechtsordnung steht;
- fordert ein Verbot der Verschleierung bei Tätigkeiten im öffentlichen Dienst, etwa im Gesundheitswesen, bei der Polizei, an öffentlichen Schaltern oder in Lehrberufen;
- lehnt jeden Anspruch auf besondere Grabregeln auf öffentlichen Friedhöfen ab;
- widersetzt sich besonderen Feiertagsregelungen für nicht anerkannte Glaubensgemeinschaften;
- will, dass alle Schülerinnen und Schüler die obligatorischen Schulfächer besuchen, namentlich auch den Sport- und Schwimmunterricht;
- verlangt die bedingungslose Durchsetzung des vom Volk beschlossenen Minarett-Verbots;
- will, dass Schweizer Bürger, die im Ausland als Terroristen oder Dschihadisten aktiv gewesen sind, bei der Rückkehr in der Schweiz hart bestraft werden;

STANDPUNKTE

Die SVP

- fordert, dass Ausländer oder Schweizer Doppelbürger, welche als Terroristen oder Dschihadisten aktiv sind, ihren Aufenthaltsstatus bzw. die Schweizer Staatsbürgerschaft per sofort verlieren und ausgewiesen werden;
- lehnt die Anerkennung nicht westlicher Religionsgemeinschaften als öffentlich-rechtliche Körperschaften und die staatliche Ausbildung Geistlicher dieser Religionsgemeinschaften ab.

VORTEILE +

Das bringt mir

- ✓ als Gläubigem die Freiheit zur Ausübung meines Glaubens;
- ✓ als Eltern die Gewissheit, dass sich meine Kinder auch in der Schule an christlich-abendländischen Werten orientieren können;
- ✓ als Lehrer Klarheit über den Besuch des Unterrichts durch meine Schüler;
- ✓ als Bürger Schutz vor Gewalt und öffentlicher Aufwiegelung zum Hass.